

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

erschienen täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Print und Verlag bei G. W. Schmid, Buchdruckerei (Inhaber D. Schmid), für die Schriftleitung verantwortlich D. Schmid in Neuenbürg.

Nr. 61

Neuenbürg, Mittwoch den 16. März 1921.

79. Jahrgang.

Deutschland.

Frankfurt, 15. März. Die französische Jollstation an der West-Weide in Stadtwald wird heute ihre Tätigkeit aufnehmen. Für die Befragung sind in der Begleitung von Dolmetschern u. Co. Büros und Wohnräume beschlagnahmt worden. Die Befragung besteht aus einem Zivilbeamten, einem Offizier und einem Unteroffizier, sowie fünf Mann.

Wien, 15. März. Der Reichskanzler hat nach einer Mitteilung des bayerischen Ministerpräsidenten den Reichswehrminister angewiesen, im Sinne eines Beschlusses des bayerischen Landtags auf beschleunigte Verabschiedung des Reichswehrgesetzes und des Wehrmachtverordnungsrechts hinzuwirken. — Mit dem 1. Juli 1921 wird die Reichsartoffelstelle aufgelöst. Mit dem gleichen Tage treten somit außer Kraft die einzelnen Verordnungen über die Kartoffelverordnung, über die Regelung der Kartoffelpreise und über die Einfuhr von Kartoffeln.

Dr. Stresemann über die politische Lage.

Stuttgart, 13. März. Aus Anlaß der Landesversammlung der Deutschen Volkspartei in Württemberg sprach am Sonntag der Führer der Partei im Reich Dr. Stresemann unter dem Titel: Die politische Lage.

Er zeichnete die zwei Strömungen, die in Frankreich miteinander ringen, die heute noch maßgebende imperialistische, die das Testament Napoleons erfüllen will und doch an Frankreichs eigener schwerer Wirtschaft- und Finanzkrise unüberwindliche Schranken findet, und die der französischen Republikanische und der Politiker, die nur in einer engen Partnerschaft mit Deutschland die Rettung für Frankreich sehen. Unsere Aufgabe ist es, alle Wege zu einer gemeinsamen Verfolgung zu verfolgen und Frankreich zu überzeugen, daß unser Ziel auch der Ziel Frankreichs wäre. Dr. Stresemann glaubt schon die Zeichen eines Wandels der französischen Volkseele zu erkennen: die Politiker können freier zurück, weil sie damit sich selbst angäben. Diese französische Politik ist der Ursprung der Milliardenforderung. Und das aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb hervorgeht, aber in Weltmarkt und an der Vorse seine besondere Stellung in der Vereinigten Staaten abgegeben hat, in der Kaufkraft das Mittel, um dauernd wirtschaftlich niederzulegen. Das Verbot einer deutschen Auslandsleihe ohne Zustimmung der Verbandsmächte aber ist in allen gemeinsam aufgestellt aus der Sorge einer näheren wirtschaftlichen Verständigung Deutschlands mit den Vereinigten Staaten, deren Kriegsgrund die 46 Milliarden Goldmark amerikanische Interesse dazu führt, der weiteren Vermeidung der europäischen Käuferstaaten vom Rhein bis an die afrikanische Grenze einen Damm entgegenzusetzen. Was die Frage der Kriegsschuld und der Verantwortung am Krieg betrifft, so sei er überzeugt, daß mit dieser Frage der Versäiler etwas feste und feste, Poincaré habe in Frankreich Vorlesungen über die Entstehung des Krieges, denn — sagte er — der Ausgang des Krieges gebe den Franzosen die Bestätigung, daß sie als Sieger zu fühlen, sondern die Entstehung des Krieges. Die Franzosen fürchten eben, daß die Welt die Schuld gegen Deutschland, allein am Krieg die Schuld tragen, schließlich als leeres Gerücht erkenne. In der ganzen Welt müsse man unterscheiden zwischen dem äußeren Frieden und dem inneren Frieden des Weltkrieges. Am äußersten Frieden seien wir infolge diplomatischer Angelegenheiten nicht ohne Schuld. Aber entscheidend sei ihm doch, daß die deutsche Volk, die deutsche Regierung, der deutsche Kaiser Krieg nicht gewollt haben. (Beifall.) Das auszuspochen, ohne ihm als notwendig. Das gebe auch aus der Entstehung der letzten 25 Jahre hervor und aus der Tatsache, daß weitere Jahre friedlicher Entwicklung Deutschland an der Spitze des Weltbundes gebracht hätten. Solche Verbote es nicht in Deutschland, die diesen Entwicklungsprozess zu einem von Deutschland drohenden Krieg zu unterbrechen gewagt hätten. (Starker Beifall.) Dagegen sollte man erinnern an die mit französischem Geld erbaute russischen Eisenbahn, an Frankreichs Dienstpflicht- und Wehrgeleise, an die Verträge in den belgischen und russischen Archiven, die die Welt die Sozialdemokratie mit an dem Befehmsverständnis vorbeigehen lassen, wenn er in der Schrift „Krieg und Verdienst“ sagt: Ich habe der deutschen Regierung nicht getan, sie hat nicht auf den Krieg hingearbeitet. An die Bedeutung dieser Tatsachen müsse das auswärtige Amt sich beteiligen, aber es vertrete leider immer noch die Ansicht: Wir dürfen die Feinde nicht reizen. Aber dieses Hauptstück über die Rede von Lloyd George in Birmingham vom 22. November 1920 („ein europäischer Staatsmann den Krieg gewollt, wir sind alle hineingetaumelt“) sollte die Tatsachen kundmachen. Denn damit werden die Grundlagen des Vertrages von Versailles, die einen Staatsmann verzeihen, daß er einen Teil von einer früheren Vereinbarung man jene Rede von Lloyd George, die er in der Sitzung des Reichstages gehalten hat, die er als unabhängiges Volk weiter denken wir in der vergifteten Atmosphäre des Versailles in unserer Kämpfe, denen wir kein anderes Denkmal setzen, schuldig (Bravo.) Und was soll nun werden? Die Tatsachen im Rheinland schäbe er nicht gering ein, er sei überzeugt, daß sie nicht auf die Dauer aufrecht zu werden können; wenn es richtig sei, daß die einzelnen Soldaten nicht mitmachen, komme die ganze Politik ins Wanken. Es sei auch bekannt, daß englische und amerikanische Firmen gegen die Wehrverabgabe Sturm laufen. Man handle es sich jetzt darum, daß wir uns nicht in rüchlichen Betrachtungen über London ergehen, sondern einigseinhalten und durch Sachverständige beiseite bringen lassen. Er hoffe, daß die Einheit

gewahrt bleibe und daß die Abstimmung in Oberösterreich ein günstiges Ergebnis für Deutschland bringe. Im Osten seien, wie er aus eigener Erfahrung berichten könne, besonders in den schon abgetrennten Gebieten, die Anklagen gegen das preussische Regiment zu seinen Verteidigern geworden. Man dürfe überhaupt nicht Preußen und Berlin gleichsetzen, sonst komme man zu unangenehmer Beurteilung. Der alte Geist von Potsdam war der der Pflichtenklärung, Verantwortlichkeit, Sparsamkeit, dem Unterordnen des Ich unter den Staat. Es ist unsere moralische Schuld, daß wir in einer Zeit größten wirtschaftlichen Aufschwungs vom Geist Potsdams abgewandert und aus dem Geist Neu-Berlins zuwandern. (Beifall.) Auch bei allen künftigen Kämpfen wird es von größter Wichtigkeit sein, daß uns ein ungeheiltes, starkes Preußen erhalten bleibt.

Die Wohnungsfrage in Württemberg.

Auf einem Vertretertag des DVV wurde die Wohnungsfrage behandelt. Stadtgeometer Karber-Stuttgart erstattete einen umfangreichen Bericht und vertrat die vom Auslaß der Partei für Wohnungswesen ausgearbeiteten Verträge. In der grundsätzlichen Stellungnahme wird die angebundene freie Privatwirtschaft wie die sozialistische Wirtschaft abgelehnt, ebenso die Überführung des Baues und Grundbesitzes in die Verwaltung der Allgemeinheit. Erfordert wird dagegen die sozialgebundene Privatwirtschaft, die planmäßige, durch Gesetzgebung und Verwaltung zu regelnde Förderung des privaten und gemeinnützigen Wohnungsbaus, die Vermehrung und Vervielfachung des Kleinrentens und Boden und Baues und Wahrung der Selbständigkeit und Initiative der Einzelbauer. Deutscher Selbsthilfe.

Eberfeld, 14. März. Die Eberfelder Textilindustrie hat infolge der Santronic alle ihre Kohlebestellungen in Ententeländern annulliert und bereits die Lieferung von Entente für die Entente ausgesetzt. Sie verlangt, daß alle Kohlelieferanten in Ententeländern die Bestellungen annullieren und den Rest bei Lieferung, daß sie sich angeschlossen, den vollen Preis ohne Rücksicht auf die 50 Proz. Abzug ihrer Regierung zu zahlen. Verschiedene große Ententefirmen sollen bereits telegraphisch ihre Einwilligung zu diesem Zahlungsmodus gegeben haben.

Unter Feindesdruck.

Von Düsseldorf aus kam der Befehl, daß alle Uniformierten die alliierten Offiziere zu grüßen haben, und dies erstrahlt sich auch auf die Straßenschilder. Die Briefträger haben darauf wie auf Kommando Rippen und Uniformrock aufsetzen und geben in Zivil ihrem Dienst nach.

Das französische Militärpolizeigericht in Trier verurteilte 13 Militärenten, die bei der Rückkehr von einem Auszuge „Die Nacht am Rhein“ gesungen hatten, zu je 500 Mark Geldstrafe.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. März. Im Reichstag wurde heute die dritte Lesung des Rederabfindungsgesetzes erledigt und nachdem wegen Versäumnisfähigkeit des Hauses eine neue Sitzung anberaumt war, der Sanität des Wehrministeriums bewilligt. Sodann begann die Beratung des Gesetzes betr. Verbot der Selbstschutzorganisationen. Reichler Dr. Simon erklärte sich verantwortlich für die politische Begründung des Entwurfs und betonte, daß durch das Scheitern der Londoner Verhandlungen die Forderung der Entwaftung nicht hinlänglich geworden sei. Der Friedensvertrag müsse erfüllt werden, aber auch nicht mehr. Die Bestrebungen Bayerns, sich ab gegen Bayern noch etwas besonderes Besartiges geplant sei, seien unbegründet. Es handle sich bei dem Entwurf um notwendige Maßnahmen zur Verhinderung verbotener Handlungen. Das Reich greife zwar in die Unabhängigkeit der Länder ein, aber das habe sein müssen, da es die Verantwortung trage. Abg. Hoffmann-Kaiserlautern, der frühere bayerische Ministerpräsident, kritisierte den Entwurf und verlangte Vorlegung des Brief- und Notenverkehrs der bayerischen mit der Reichsregierung. Nachdem Abg. Voler u. Deum (Df.) das Gesetz abgelehnt hatte, da in bezug auf die Entwaftung der Versäiler Vertrag erfüllt und dieser selbst von den Gegnern gebrochen worden sei, wurde zunächst die namentliche Abstimmung über das Rederabfindungsgesetz vorgenommen. Dabei haben von 301 Abgeordneten 22 mit Ja, 28 mit Nein gestimmt und 13 sich der Stimmabgabe enthalten. Das Gesetz ist somit angenommen. — In der fortgesetzten Beratung des Entwaftungsgesetzes erklärte Reichsminister Dr. Koch, daß er als Kabinettsmitglied auf dem Boden des Entwurfs stehe, denn es würde Katastrophentatbestand sein, wenn wir in diesem Punkt die Ausführung des Friedensvertrages verweigerten. — Abg. Goldmann (U.S.P.) bescheidet den Entwurf als eine Kapitulation der Reichsregierung vor dem Ministerium Kahr und Abg. Damm (Df.) empfahl Vorschlag der Behandlung der Entwaftungfrage und der Abschaffung aller bayerischen Rechte, doch müsse den außenpolitischen Forderungen Rechnung getragen werden. Reichsminister Dr. Simon erklärte, daß er sich in Differenz mit dem Minister Kahr befinde und daß wir zu nichts mehr verpflichtet seien. In wiederholten kühnen Auseinandersetzungen und schwerem Lärm kam es während der Rede des Kommunisten Henneke, so als er die „weiß-blauen“ Schmach als noch unerträglich wie die „schwarze Schmach“ bezeichnete. Schließlich wurde der Entwurf auf Antrag des Abg. Simon-Schwabens (Soz.) einem besonderen Ausschuss von 21 Mitgliedern überwiesen. — Es folgte die Weiterberatung des Etats des Ministeriums des Innern, die am 9½ Uhr abgebrochen und auf morgen Nachmittag 1 Uhr vertagt wurde. Außerdem Anfragen und kleinere Vorlagen.

Breslau, 14. März. Von der Zentralfelle für die technische Durchführung der obersten Abstimmung wird mitgeteilt, daß bis zum 14. März abends die Transportbewegung völlig normal und ohne Zwischenfälle verlaufen ist. Die Abstimmungsbestimmungen wurden gestern vom Oberpräsidenten von Niederschlesien und heute vom Oberpräsidenten für Ober-

schlesien begründet. Dabei kam es zu massiven Kundgebungen für das Deutschtum.

Leipzig, 14. März. Zahlreiche Abstimmungsbestimmungen, die bereits über die erfolgte Eintragung in die Stimmliste benachrichtigt und sogar schon im Reich der Stimmkarte sind, erhalten jetzt, nachdem die Eintragsfrist abgelaufen ist, von dem internationalen Bureau die Nachricht, daß über Eintragung aus irgendwelchen Gründen nicht erfolgt sein soll. Dies liegt auf dem Grunde ein großer Unfug vor. Jeder in die Stimmliste eingetragene, insbesondere jeder Abstimmungsbestimmte der Kategorie B, der die Stimmkarte erhalten hat, kann abstimmen. Kasse sich also niemand abhalten, die Karte nach Ober-schlesien anzutreten.

Ausland.

Wien, 15. März. In diesen Ententezirkeln verläutet, daß die Verhandlungen zwischen den Alliierten und den deutschen Delegierten in der Woche nach Ostern in Paris wieder aufgenommen werden sollen.

Genève, 15. März. Ganz unangeborene Erregung herrscht in allen Industriezweigen der Schweiz über die bevorstehende neue Ententekontrolle. Man befürchtet Überwachung durch die sogenannte S.S.S. Forderung von Urkunden für Warenkontrolle der Väter. Selbst die Genfer „Zuisse“ schreibt, eine derartige Kontrolle werde man nicht mit der deutschen Schweiz herrscht eine geradezu paulianische Stimmung, die noch durch Mobilisationsgerüchte vergrößert wurde. Die Blätter fordern das Vergeben aller Neutralen.

Paris, 15. März. Die Pariser Ausgabe des Chicago Tribune veröffentlicht einen Bericht aus Düsseldorf, in dem es heißt, daß die meisten amerikanischen Kaufleute ihre Aufträge im Ruhrgebiet annulliert haben, da sie über die Zwangsmaßnahmen genau unterrichtet sind. Die jetzt zurückgezogenen Bestellungen betragen sich auf mehrere Millionen Dollar. Ein Kaufmann von St. Louis, der allein für 4 Millionen Dollar chirurgische Instrumente bestellt hatte, hat diese Bestellung wieder zurückgezogen.

Die französischen Arbeiter und die Schuldfrage.
Paris, 15. März. Die französischen Sozialisten haben einen Aufruf an die Arbeiter der ganzen Welt gerichtet, in dem gesagt wird, daß die Verantwortlichkeit für die Kriegserklärung bei Deutschland liege. In dem Aufruf werden alle Verträge gegen die Kriegsgesetze, alle planmäßigen Verschönerungen aufgeführt. Es ginge nicht an, daß das schuldige deutsche Kapital sich den gerechten Forderungen entziele. Der Aufruf fordert am Schluß die deutschen Arbeiter auf, die Alliierten des Kapitalismus zu vereiteln. Also sollen wir ruhig unsere Sklavenlöser? Die französischen Arbeiter mögen nicht vergessen, daß mit dem Kapital auch der deutsche Arbeiter geschlagen wird!

Der Gesetzentwurf über die Reparationsbill.
London, 15. März. Der Vorkant des Gesetzentwurfs über die Eintreibung der deutschen Wiedergutmachung liegt vor. Er enthält folgendes: Über deutsche Waren in England eingeführt, muß der englischen Zollverwaltung einen Teil des Kaufpreises bezahlen und zwar nicht über 50 Prozent. Das englische Schatzamt wird von Zeit zu Zeit die prozentuale Höhe festsetzen. Die Zollämter werden diese Beträge auf ein Spezialkonto gutschreiben, und mit diesen Beträgen werden die Verpflichtungen aus dem Versäiler Vertrag beglichen werden. Diese Abgabe kann unter Umständen weniger als 50 Prozent betragen, nicht verzollt werden Waren, die Deutschland eingeführt hat, die aber für die Wiederausfuhr aus Deutschland bestimmt sind oder im Transit oder mit Umladung nach England gelangen. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten entscheidet ein vom englischen Schatzamt ernannter Sachverständiger. Die englischen Zollämter sind berechtigt, über Natur und Herkunft der in England eingeführten Waren, jede Auskunft zu verlangen. Das englische Schatzamt kann die Abgabe auf gewisse Waren herabsetzen. Zu diesem Zweck wird eine Sachverständigen-Kommission eingesetzt.

London, 15. März. Die Gesetzesvorlage, die die Erhebung einer 50prozentigen Abgabe auf den Verkaufspreis in England eingeführter deutscher Waren vorseht und die heute im Unterhaus zur Diskussion gelangen soll, findet in den englischen Handelskreisen wenig Zustimmung. Es wird betont, daß das Gesetz sehr schwer zu handhaben sei und daß es den deutschen Handel nach den neutralen Staaten ablenken werde. Andererseits befürchtet man auch, daß die Vorlage zu einer Preis-erhöhung deutscher Fabrikate führen werde. Es soll auch von verschiedenen Seiten heute nachmittag im Unterhaus gegen die Vorlage Sturm gelaufen werden und man ist auf eine sehr lebhafteste Debatte gefaßt.

Trohungen Chamberlains.
Bei der zweiten Lesung des Einfuhrzollgesetzes erklärte der englische Finanzminister Lord Chamberlain, das Gesetz müsse weitgehende Vollmachten enthalten. Wenn die Deutschen sich nicht bereit erklärten, die in der Wiederherstellungsfrage zusammenzuarbeiten oder annehmbare Vorschläge machten, würden die Alliierten eine wirtschaftliche Blockade von einer solchen Schwere durchzuführen, daß die deutsche Regierung schon zur Vernunft kommen müsse.

Petersburg vor der Hungersnot.
Die letzten Lebensmittelvorräte wurden dieser Tage in Petersburg verteilt. Es besteht keine Aussicht auf neue Zufuhr.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.
Neuenbürg, 14. März. Vor einer nicht gar zahlreichen Versammlung beiderlei Geschlechts, die sich in der Rechtsahl aus Angehörigen bürgerlicher Parteien zusammenschloß, sprach auf Veranlassung der Deutschen demokratischen Partei am Samstagabend im Wärdn Johannes Rißler aus Stuttgart über die Lage der Nation.

Pfannkuch & Co.

Soeben eingetroffen:
FrISCHE See-Filche

Pfund **2.50**

im Ausschuit **2.70**

FriscH geräucherte Süß-Büchlinge

Riste **21.50**

Pfund **4.50**

Pfannkuch & Co.

Neuenbürg, Tel. 70.

Salmbach.
18 Monate alten sprunfähigen
Farren,

Gelbsch, auch zum Schlachten verkauft
Gottlob Frommer.

Angebot!

per Meter Mt. **19.50**
19.50
19.50
9.80
9.50

von **22.00** an
von **35.00** an

früher **M. Schneider,**
1369 Telefon 1369.

Druckerei

Handlung.

chen

örden, Verelne, Hotels
feinster Ausführung.

islisten :: Plakate.

binderei
jeder Art.

Enztäler
:: Telefon Nr. 4.

lands Daseinstamp und die Londoner Verhandlungen... Clemenceau, so leitete Medner seinen Vortrag ein, habe dem französischen Volke gegenüber immer den Standpunkt vertreten, daß der Friede, der mit Deutschland geschlossen werde, nichts anderes sei, als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln...

furcht. Diese sog. Postnachstimmung war beschämend, beschämend aber auch die Nulllosigkeit, und der Mangel an Entschlußkraft. Deute nach kaum zwei Jahren habe der demokratische Gedanke, der einen so erhellenden Antriebspunkt, bereits einen Wadgang zu verzeichnen, viele haben im Begriff, das Gewonnene wieder in die Kammer zu werfen...

alte, aus Oesterreich stammende Kaufmann Hans Buzbaum der wahrheitsgemäß anders heißt und diesen Namen nur aus Grund gefälschter Papiere trägt, der ferner erst neulich vom Amtsgericht in Neuburg wegen Betrugs verurteilt wurde...

Neueste Nachrichten Stuttgart, 15. März. Die auf den persönlichen Bezügen der Justizverwaltung... Darmstadt, 15. März. Die Eröffnung des hessischen Landtags... Freiburg i. Br., 12. März. Wegen verbotener Einfuhr...

... Kaufmann Hans Duxbaum ...

... bei der Notiz enthalten, bezahlt wurden. Der Streit ...

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 15. März. Die Befolgungen und sonstigen ...

Frankfurt a. M., 16. März. Gestern vormittag ist ...

Darmstadt, 15. März. Bei der heutigen Wieder ...

Koblenz, 15. März. Die interalliierte Rheinlands ...

Weißenhof, 16. März. Gestern demonstrierten annähernd ...

Halle, 16. März. In einer Statistik im Amtsblatt ...

Magdeburg, 16. März. Der Redakteur Roethe von ...

Dresden, 16. März. In Sachsen beabsichtigt man die ...

Berlin, 16. März. Der „Observer“ legt sich aus ...

Berlin, 15. März. Die Sichtung und Zusammen ...

Berlin, 16. März. Die Unsicherheit auf den Land ...

Berlin, 15. März. Der Reichstag wird voraussichtlich ...

Berlin, 16. März. Die Unsicherheit auf den Land ...

Berlin, 15. März. Der Reichstag wird voraussichtlich ...

Berlin, 16. März. Die Unsicherheit auf den Land ...

Berlin, 15. März. Der Reichstag wird voraussichtlich ...

Berlin, 16. März. Die Unsicherheit auf den Land ...

Bankguthaben nicht beabsichtigt und daß ihr früherer ...

Prag, 16. März. Gestern übergab der französische ...

Warschau, 16. März. Das Organ Samowos, „Smoboda“ ...

Paris, 15. März. Der „Figaro“ berichtet, daß fünf ...

Paris, 15. März. Nach einer Londoner Meldung des ...

San Remo, 15. März. Prinz Danilo von Montenegro ...

Die Befegung weiteren deutschen Bodens eine Rechts ...

Düsseldorf, 16. März. In der gestrigen Schlußsitzung ...

Der Protest der deutschen Regierung gegen die Sanktionen. Berlin, 16. März. In dem Protest der deutschen Regierung ...

dieses Verfahren die Pflichten eines Bundesglieds auf sich ...

Talaat Pascha ermordet.

Berlin, 15. März. Heute mittag wurde in der Hardenbergstraße ...

Landtagswahl in Mecklenburg.

Schwerin, 15. März. (Amtliches Wahlergebnis bis 1/2 Uhr mittags ...)

Festlegung der Gesamtentschädigung nach der Mai.

Paris, 15. März. Die Wiederherstellungskommission hielt gestern eine Sitzung ab ...

Aus dem ober-schlesischen Abstimmungsgebiet.

Kattowitz, 15. März. Es ist gelungen, 4 Mitglieder der Bande ...

Berlin, 15. März. Der Deutsche Schutzbund bittet die ...

Berlin, 15. März. Der Deutsche Schutzbund bittet die angeführten ...

Errichtung der Zollgrenze ein zweifaches Unternehmen.

London, 16. März. Wie der Berichterstatter des Reuterschen ...

Die Reparationsbill angenommen.

London 15. März. Das Unterhaus hat gestern die Wiederputmachung ...

Konto-Büchlein empfehlen die H. M. G. Meckische Buchdruckerei.

Heute abend „Varen“.

Zum sofortigen oder späteren Eintritt wird ein solider, tüchtiger

Pferdeknecht

geleht. Carl Pfeiffer, Sägewerk.

